

September 2026

Länderbericht

Auslandsbüro Frankreich

 **KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG**

Politische Rentrée zu Wahlkampfzeiten

Frankreich droht ein heißer Herbst

Anja Czymmeck, Max Willem Fricke, Nele Wissmann

Mit der politischen Rentrée beginnt in Frankreich faktisch die Vorphase des Präsidentschaftswahlkampfes 2027.¹ Zwar sind es noch mehrere Monate bis zur Wahl, doch die politischen Lager positionieren sich bereits deutlich. Erste Debatten, neue Kandidaturen und kontroverse gesellschaftspolitische Vorstöße zeigen, dass der Wettbewerb um die politische Zukunft Frankreichs an Fahrt gewinnt. Die Senatswahlen am 27. September dürften die politischen Kräfteverhältnisse neu justieren und damit zusätzliche Dynamik in die beginnende Wahlkampfauseinandersetzung bringen.

Gleichzeitig steht die Regierung vor einer unmittelbaren Bewährungsprobe: der Haushaltsdebatte. Die Vorlage des Haushaltsentwurfs am 30. September und die angestrebte Abstimmung am 17. November werden zum entscheidenden Test für die Handlungsfähigkeit der Regierung von Premierminister Sébastien Lecornu. Zugleich wird die Verabschiedung des Haushalts zeigen, inwieweit die französische Nationalversammlung unter den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen überhaupt kompromissfähig ist. Der Herbst könnte damit zum politischen Stresstest werden – und zugleich die Kräfteverhältnisse für die Präsidentschaftswahl 2027 entscheidend vorprägen.

Der Wahlkampf nimmt an Fahrt auf

Bereits die ersten politischen Termine der Rentrée geben einen Vorgeschmack auf die kommenden Monate. Beim Kongress des MEDEF, des französischen Arbeitgeber- und Unternehmensverbands, trafen am 27. August sieben der derzeit wichtigsten Präsidentschaftskandidaten aufeinander: Marine Le Pen (Rassemblement National (RN)), Jean-Luc Mélenchon (La France Insoumise (LFI)), Édouard Philippe (Horizons), Gabriel Attal (Renaissance), Bruno Retailleau (Les Républicains (LR)), Raphaël Glucksmann (Place Publique (PP)) und Marine Tondelier (Die Grünen). Die Debatte stand stark im Zeichen von Staatsfinanzen, Kaufkraft, Wettbewerbsfähigkeit, Renten und Unternehmenspolitik – und machte damit deutlich, dass die Wirtschaftspolitik zu einem zentralen Feld des Wahlkampfes 2027 werden dürfte.

Einen eindeutigen Sieger brachte die Debatte nicht hervor. Édouard Philippe konnte sich als wirtschaftlich kompetente und staatstragende Figur des Zentrums präsentieren, während Gabriel Attal offensiver auftrat und seine Kampagnenstärke unter Beweis stellte. Marine Le Pen bemühte sich vor dem wirtschaftsnahen Publikum weniger um Konfrontation als um den Nachweis von Regierungs- und Wirtschaftsfähigkeit. Ihr angekündigtes Sparprogramm in Höhe von 125 Milliarden Euro stieß entsprechend auf große Aufmerksamkeit. Gleichzeitig verband sie ihre wirtschaftspolitische Argumentation mit ihrer harschen Kritik an der EU und an Migration. Mélenchon setzte dem eine deutlich radikalere wirtschaftspolitische Alternative entgegen. Glucksmann positionierte sich als proeuropäische

¹ Der erste Wahlgang wird am 18. April 2027, der zweite Wahlgang am 2. Mai 2027 stattfinden.

sozialdemokratische Alternative, während Retailleau und Tondelier ihre konservativen beziehungsweise ökologischen Profile schärften.

Bemerkenswert war dabei die Rückkehr eines klassischen Links-Rechts-Konflikts auf dem Feld der Wirtschaftspolitik. Während die Linke auf höhere Löhne, eine stärkere Besteuerung großer Vermögen und einen Ausbau sozialer Leistungen setzt, fordern Mitte und Rechte vor allem Ausgabenkürzungen, weniger Bürokratie und eine Senkung der Arbeitskosten. Hinter diesen Positionen steht eine gemeinsame Diagnose: Die finanzielle Lage Frankreichs wird von nahezu allen politischen Lagern als ernst eingeschätzt – die Antworten darauf könnten jedoch kaum unterschiedlicher ausfallen.

Der RN verschiebt die Debatte auf Identität und gesellschaftliche Ordnung

Abseits der wirtschaftspolitischen Debatte setzt der RN im beginnenden Wahlkampf zunehmend auf seine klassischen gesellschafts- und sicherheitspolitischen Themen. Besonders deutlich zeigt sich dies am erneuten Vorstoß für ein Verbot des islamischen Kopftuchs im öffentlichen Raum. Der RN will das Tragen des Kopftuchs grundsätzlich untersagen und nach den jüngsten Äußerungen des Abgeordneten Jean-Philippe Tanguy Verstöße mit einer Geldstrafe ahnden. Jordan Bardella stellte die konkrete Ausgestaltung anschließend etwas offener dar und kündigte für den Fall eines Wahlsiegs ein Referendum über die Bekämpfung der „islamistischen Ideologie“ an. Dabei soll es unter anderem um eine Ausweitung des Verbots religiöser Zeichen, wie es bereits für Schulen besteht, auf den öffentlichen Bereich gehen.

Der RN begründet den Vorstoß mit dem Kampf gegen Islamismus, dem Schutz von Frauen und der Verteidigung der französischen Laizität. Das Kopftuch wird dabei nicht als bloße Frage der individuellen Religionsausübung behandelt, sondern als sichtbares Symbol einer politischen und gesellschaftlichen Ideologie. Genau darin liegt die politische Sprengkraft des Vorschlags.

Rechtlich ist ein solches umfassendes Verbot allerdings hochproblematisch. Das bestehende französische Recht unterscheidet zwischen bestimmten Bereichen, in denen religiöse Zeichen bereits eingeschränkt sind – etwa Schulen oder für bestimmte Beschäftigte des öffentlichen Dienstes – und dem allgemeinen öffentlichen Raum. Ein generelles Verbot des Kopftuchs für Frauen auf der Straße würde erheblich weitergehen und berührt zentrale Fragen der Religions- und Freiheitsrechte. Dass der RN inzwischen ein Referendum als möglichen Weg zur Umsetzung ins Spiel bringt, zeigt zugleich, dass die Partei selbst mit erheblichen verfassungsrechtlichen Hürden rechnet.

Politisch ist der Vorstoß für den RN dennoch attraktiv. Er ermöglicht der Partei, die Debatte von den für sie schwierigeren Fragen der Haushaltskonsolidierung und der konkreten Finanzierung ihrer politischen Vorhaben auf ein Feld zu verschieben, auf dem sie über eine besonders hohe Mobilisierungsfähigkeit verfügt: Identität, Migration, Religion, Sicherheit und gesellschaftliche Ordnung. Gleichzeitig zwingt sie die anderen Parteien zur Positionierung und setzt damit selbst das Thema der öffentlichen Debatte.

Der Vorstoß ist daher weniger als kurzfristig umsetzbare Gesetzesinitiative, sondern vielmehr als wahlkampfpolitisches Instrument zu verstehen. Selbst wenn die rechtliche Umsetzung schwierig oder letztlich nicht möglich sein sollte, erreicht der RN sein politisches Ziel bereits durch die Auseinandersetzung über die Maßnahme. Die Partei definiert das

Thema, mobilisiert ihre Anhängerschaft und zwingt die politischen Konkurrenten, darauf zu reagieren.

Damit verfolgt der RN zunehmend eine Doppelstrategie: Bei Wirtschafts- und Finanzthemen versucht Marine Le Pen, Seriosität und Regierungsfähigkeit zu demonstrieren; bei gesellschaftspolitischen Fragen setzt die Partei auf klare Abgrenzung und Polarisierung. Gerade diese Kombination dürfte den Wahlkampf des RN in den kommenden Monaten prägen.

Die Kandidatenfrage wird konkret

Parallel zur inhaltlichen Profilierung rückt auch die Kandidatenfrage zunehmend in den Vordergrund. Dabei zeichnen sich auf der linken und der bürgerlichen Seite unterschiedliche Wege der Kandidatenfindung ab.

Auf der linken Seite ist der Auswahlprozess inzwischen weiter fortgeschritten – allerdings verfolgen die beteiligten Kräfte unterschiedliche Verfahren. Der Parti socialiste (PS) und Place publique (PP) haben sich auf eine gemeinsame Vorwahl für das sozialdemokratische Lager verständigt.² Damit steht erstmals ein konkreter Zeitplan für die Bestimmung eines gemeinsamen Kandidaten von PS und PP, auch wenn nicht das gesamte Lager geeint hinter den Vorwahlen steht. Kandidieren werden Olivier Faure, Raphaël Glucksmann, Ségolène Royal, Jérôme Guedj und Philippe Brun. Der sozialistische Bürgermeister Karim Bouamrane sowie ehemalige Premierminister Bernard Cazeneuve³ kündigten jedoch an, individuell bei den Präsidentschaftswahlen antreten zu wollen.

Die Grünen (Les Écologistes) gehen dagegen einen eigenen Weg, obwohl sie ursprünglich an den Überlegungen zu einer breiteren Vorwahl der Linken ohne eine Beteiligung der Partei LFI beteiligt waren. Diese ursprünglich für den 11. Oktober diskutierte „Primärwahl der vereinten Linken“ sollte unter anderem PS, Grüne, Kommunisten und weitere linke Kräfte zusammenführen. Dieses Projekt ist jedoch nicht zustande gekommen. Die Grünen sind nicht Teil der nun vereinbarten PS-PP-Vorwahl. Damit bleibt auch Marine Tondelier eine eigenständige politische Option. Der grüne Europaabgeordnete Yannick Jadot⁴ hat sich inzwischen hinter Raphaël Glucksmann gestellt, was zeigt, dass innerhalb der Grünen selbst unterschiedliche strategische Vorstellungen über die Präsidentschaftskandidatur bestehen.

Damit ist die gemäßigte Linke trotz des neuen Vorwahlprozesses weiterhin nicht geeint. Auf der einen Seite steht das sozialdemokratische Bündnis aus PS und PP um Glucksmann und Faure, auf der anderen Seite bleiben die Grünen mit einer eigenen strategischen Positionierung. Hinzu kommt LFI, das den gesamten Prozess ablehnt und mit Jean-Luc Mélenchon einen eigenständigen Kurs verfolgt.

Die entscheidende Frage ist damit, ob sich nach den verschiedenen Auswahlprozessen noch eine Bündelung der Stimmen erreichen lässt. Für Glucksmann könnte die Vorwahl mit dem PS deshalb über die persönliche Kandidatenkür hinausgehen: Sie wäre der Versuch, einen größeren sozialdemokratischen und proeuropäischen Block zu schaffen. Die Grünen

² Der erste Wahlgang findet am 9. und 10. Oktober 2026, der zweite am 16. und 17. Oktober statt.

³ Trat 2022 nach dem Zusammenschluss mit LFI aus der Partei PS aus.

⁴ Kandidat der Partei im Wahlkampfjahr 2022.

müssen dagegen entscheiden, ob sie eine eigenständige Kandidatur aufrechterhalten oder sich letztlich einem anderen Kandidaten anschließen.

Noch offener ist die Situation im bürgerlichen und zentristischen Lager. Mit Édouard Philippe, Gabriel Attal, Bruno Retailleau und Xavier Bertrand stehen bis heute mehrere prominente Kandidaten bereit. Eine gemeinsame Vorwahl ist bislang nicht beschlossen. Philippe lehnt eine solche Lösung weiterhin ab und setzt darauf, dass sich die Kräfteverhältnisse über den weiteren Wahlkampf und die Umfragen klären. Attal hält sich die Möglichkeit einer Vorwahl offen. Retailleau verfolgt seine eigene Kandidatur, während Xavier Bertrand eine Teilnahme an einer möglichen Vorwahl ausgeschlossen hat. Damit bleibt das bürgerliche und zentristische Lager politisch fragmentiert. Entscheidend wird damit die Fähigkeit der einzelnen Kandidaten sein, sich im weiteren Wahlkampf als aussichtsreichste Alternative zu Marine Le Pen zu profilieren und Unterstützung über die eigenen Parteigrenzen hinaus zu gewinnen.

Der Zeitdruck ist erheblich. Spätestens im Frühjahr 2027 wird aus den bislang angekündigten Kandidaturen eine formale Auswahl. Für die Zulassung zur Präsidentschaftswahl benötigt jeder Bewerber 500 gültige Unterstützungen von gewählten Mandatsträgern aus mindestens 30 verschiedenen Départements oder Überseegebieten. Die entsprechenden Unterstützungen müssen spätestens Mitte März⁵ beim Conseil constitutionnel eingegangen sein.

Senatswahlen: Neue Dynamik für Rechtsaußen?

Noch bevor der Präsidentschaftswahlkampf 2027 in seine entscheidende Phase tritt, wird die politische Rentrée in Frankreich durch einen weiteren wichtigen Urnengang geprägt: die Teilerneuerung des Senats am 27. September 2026. Zwar dürfte die bürgerlich-konservative Mehrheit ihre dominierende Stellung in der zweiten Parlamentskammer grundsätzlich behaupten. Angesichts des bevorstehenden Präsidentschaftswahlkampfs könnten sich jedoch symbolisch und politisch relevante Verschiebungen ergeben – insbesondere durch den weiteren Aufstieg des Rassemblement National (RN).

Das Wahlsystem des Senats begünstigt traditionell Parteien mit einer starken kommunalen Verankerung. Die Senatoren werden von einem Wahlkollegium gewählt, das sich überwiegend aus kommunalen Mandatsträgern zusammensetzt. Damit profitieren insbesondere die bürgerlich-konservativen Parteien von ihrer traditionell starken Präsenz in mittelgroßen Städten und ländlichen Gebieten. Die Kommunalwahlen vom März 2026 haben diese territoriale Verankerung weitgehend bestätigt. Entsprechend ist nicht mit einem grundlegenden Machtwechsel im Senat zu rechnen. Eher dürften sich regionale Verschiebungen ergeben: Während die bürgerlich-konservative Rechte ihre Position insbesondere im Westen behaupten oder ausbauen könnte, ist im Süden mit stärkeren Zugewinnen des RN zu rechnen.

Für das konservative Lager bedeutet dies eine vergleichsweise komfortable Ausgangslage. Die Wiederwahl von Gérard Larcher zum Senatspräsidenten dürfte die institutionelle Kontinuität zusätzlich sichern. Inhaltlich wird die bürgerlich-konservative Mehrheit insbesondere bei der Haushaltskonsolidierung, der Steuerpolitik und der Finanzierung der Gebietskörperschaften auf einen restriktiven Kurs drängen. Auch bei der Renten- und Sozialpolitik dürfte sie auf eine langfristige Stabilisierung der öffentlichen Finanzen pochen.

⁵ Das Datum wurde auf den 12. März 2027 festgelegt.

Unsicherer ist die Situation der Linken. Ihre strukturelle Schwäche liegt weniger in einem möglichen Verlust einzelner Sitze als in ihrer anhaltenden Fragmentierung. Konkurrenz zwischen Sozialisten, Grünen und LFI erschwert strategische Absprachen und kann insbesondere bei den indirekten Senatswahlen dazu führen, dass Stimmen nicht effizient in Mandate übersetzt werden. Die Grünen stehen nach den kommunalen Rückschlägen unter besonderem Druck. LFI wiederum versucht, seine wachsende kommunale Präsenz gezielt in einzelnen Départements zu nutzen und durch taktische Kandidaturen eine Schlüsselposition zwischen den verschiedenen linken und konservativen Listen einzunehmen. Damit bleibt die Linke ein relevanter, zugleich aber schwer kalkulierbarer Faktor.

Die größte Dynamik könnte jedoch vom RN ausgehen. Die Partei verfügt derzeit lediglich über drei Senatoren, strebt aber erstmals die Bildung einer eigenen Fraktion an, für die mindestens zehn Mandate erforderlich sind. Ihre Chancen haben sich durch die stärkere kommunale Verankerung und die guten Ausgangsbedingungen in mehreren Départements im Süden verbessert. Hinzu kommen lokale Kooperationen mit konservativen Kräften, insbesondere aus dem Umfeld von Éric Ciotti und der *Union des droites pour la République*. Gelingt dem RN der Sprung über die Schwelle von zehn Senatoren, wäre dies weit mehr als ein numerischer Zugewinn.

Eine eigene Fraktion würde dem RN zusätzliche parlamentarische Rechte, Ressourcen und Sichtbarkeit verschaffen und zugleich einen wichtigen symbolischen Effekt haben: Die Partei könnte ihre institutionelle Normalisierung weiter vorantreiben und sich als etablierte politische Kraft in beiden Parlamentskammern präsentieren. Mit Blick auf 2027 wäre dies ein wichtiger Baustein für die Strategie, nicht mehr nur als Protestpartei, sondern als glaubwürdige Regierungsalternative wahrgenommen zu werden.

Für das Macron-Lager dürfte es dagegen vor allem um die Sicherung bestehender Positionen gehen. Zwar verfügt das Lager weiterhin über eine gewisse kommunale Präsenz, diese ist jedoch weniger geschlossen und territorial verankert als die der konservativen Parteien. Viele lokale Mandatsträger agieren inzwischen unabhängig oder orientieren sich stärker in Richtung der bürgerlichen Rechten. Eine substanzielle Stärkung der zentristischen Kräfte im Senat ist daher eher nicht zu erwarten.

Die eigentliche Bedeutung der Senatswahlen liegt damit weniger in einem möglichen Wechsel der Senatsmehrheit als in der neuen Dynamik, die sie wenige Monate vor der Präsidentschaftswahl in die politischen Kräfteverhältnisse bringen können. Insbesondere ein erstmaliger Einzug des RN in Form einer eigenen Fraktion würde die institutionelle Verankerung der Partei stärken und den Druck auf das konservative Lager erhöhen. Zugleich könnte der Senat angesichts seiner Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive in der kommenden Legislaturperiode weiter an politischem Gewicht gewinnen. Die Senatswahlen sind damit ein wichtiger Vorlauf für den Wahlkampf 2027 – und ein erster Test dafür, wie sich die politischen Lager vor dem entscheidenden Wahljahr formieren.

Der Haushalt als Lackmustest für Lecornu

Am 30. September soll der Haushaltsentwurf vorgestellt und bis zum 17. November verabschiedet werden. Für den Premierminister Sébastien Lecornu ist dies die entscheidende Bewährungsprobe. Er verfügt nicht über eine klassische parlamentarische Mehrheit. Deshalb muss er eine Mehrheit der Umstände organisieren, indem er für einzelne Vorhaben Unterstützung bei unterschiedlichen politischen Lagern sucht. Für die Regierung

geht es dabei um mehr als die reine Verabschiedung des Haushalts. Ein erfolgreicher Kompromiss wäre ein Beleg dafür, dass trotz der fragmentierten Nationalversammlung noch eine gewisse Regierungsfähigkeit besteht. Ein Scheitern würde dagegen die politische Instabilität Frankreichs weiter verstärken. Besonders entscheidend wird die Position der Sozialisten und der moderaten Linken sein.

PS und moderate Linke: eine zentrale Position

Der PS könnte im Haushaltsstreit zu einem entscheidenden Akteur werden. Strategisch muss er zwischen einer Beteiligung an einem Kompromiss und einer Position der fundamentalen Opposition abwägen.

Eine begrenzte Zusammenarbeit mit der Regierung könnte dem PS ermöglichen, konkrete sozialpolitische oder wirtschaftliche Zugeständnisse durchzusetzen. Gleichzeitig besteht jedoch die Gefahr, dass eine zu starke Annäherung an die Regierung die eigene Positionierung gegenüber LFI und den übrigen linken Kräften schwächt. Eine harte Opposition wäre aus Sicht des Wahlkampfs einfacher zu vermitteln. Sie würde jedoch gleichzeitig die Chancen auf einen parlamentarischen Kompromiss reduzieren. Damit wird der Haushalt auch zu einem Test für die zukünftige Ausrichtung der französischen Linken.

RN: Eskalation oder Regierungsfähigkeit?

Noch schwerer einzuschätzen ist die Strategie des Rassemblement National. Der RN könnte versuchen, eine Regierungskrise zu provozieren, indem er den Haushalt ablehnt und gegebenenfalls ein Misstrauensvotum unterstützt. Eine solche Strategie würde zu seinem bisherigen Narrativ passen: Die bestehenden politischen Kräfte seien nicht in der Lage, Frankreich zu regieren.

Gleichzeitig steht der RN vor einer strategischen Herausforderung. Mit Blick auf 2027 muss die Partei zunehmend den Eindruck vermitteln, nicht nur Protestkraft, sondern potenzielle Regierungsalternative zu sein.

Für den RN zeichnen sich dabei zwei strategische Optionen ab: Einerseits könnte die Partei auf Eskalation setzen, die Regierung unter maximalen Druck stellen und eine politische Krise bewusst in Kauf nehmen. Andererseits könnte sie sich bei ausgewählten Punkten kompromissbereit zeigen und versuchen, wirtschafts- und finanzpolitische Regierungsfähigkeit sowie Verantwortungsbewusstsein zu demonstrieren.

Welche Linie der RN wählt, dürfte maßgeblich davon abhängen, wie die öffentliche Meinung auf die Haushaltsdebatte reagiert.

LFI setzt auf harte Opposition

La France insoumise hat dagegen bereits eine besonders harte Opposition gegen den Haushalt angekündigt. Für LFI bietet die Haushaltsdebatte die Möglichkeit, die Regierung grundsätzlich anzugreifen und sich zugleich innerhalb der Linken als konsequenteste Oppositionskraft zu profilieren. Damit zeichnet sich bereits eine asymmetrische Situation ab: Während die Regierung auf Kompromisse angewiesen ist, haben zumindest Teile der Opposition ein Interesse daran, den Konflikt zu verschärfen. Die entscheidende Frage wird deshalb sein, ob es Lecornu gelingt, zwischen den unterschiedlichen Oppositionslagern ausreichend Unterstützung zu organisieren.

Der Haushalt als möglicher Auslöser einer Regierungskrise

Mit der Haushaltsdebatte entscheidet sich nicht nur die finanzpolitische Ausrichtung der Regierung, sondern auch ihre politische Überlebensfähigkeit. Für Premierminister Lecornu wird die Vorlage des Haushalts am 30. September daher zum entscheidenden Belastungstest. Ohne stabile parlamentarische Mehrheit muss die Regierung bereits im Vorfeld der Abstimmung ausloten, welche politischen Lager bereit sind, einzelne Maßnahmen mitzutragen und unter welchen Bedingungen sich eine ausreichende Unterstützung organisieren lässt. Für Lecornu besteht dabei jedoch nur ein begrenzter Spielraum: Zu weitreichende Zugeständnisse könnten den eigenen haushaltspolitischen Kurs verwässern, während ein zu geringes Entgegenkommen die Chancen auf einen Kompromiss verringern würde. Die Haushaltsverhandlungen werden damit zugleich zu einem Test für die Fähigkeit der verschiedenen politischen Lager, trotz des beginnenden Präsidentschaftswahlkampfes noch gemeinsame Lösungen zu finden.

Scheitert dieser Versuch, eine ausreichende parlamentarische Unterstützung zu organisieren, verschiebt sich die Auseinandersetzung auf eine zweite Ebene. Dann geht es nicht mehr allein um die konkrete Ausgestaltung des Haushalts, sondern zunehmend um die Frage, ob die Regierung unter den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen überhaupt noch in der Lage ist, zentrale politische Vorhaben durch die Nationalversammlung zu bringen.

Genau in dieser Situation könnte Artikel 49.3 relevant werden. Der 49.3 ist ein Verfassungsinstrument, mit dem die Regierung einen Gesetzentwurf – darunter auch den Haushalt – ohne reguläre Abstimmung in der Nationalversammlung verabschieden kann, sofern kein Misstrauensantrag erfolgreich ist. Er würde der Opposition die Möglichkeit geben, mit einem Misstrauensantrag nicht nur den Haushalt, sondern auch die Regierung infrage zu stellen.

Für den RN würde sich damit eine strategische Abwägung ergeben: Unterstützt er ein Misstrauensvotum, wie bereits in der Vergangenheit, und riskiert er eine Regierungskrise oder positioniert er sich als verantwortungsbewusste Alternative? Mit Blick auf 2027 dürfte neben dem Haushalt auch die Frage eine Rolle spielen, welche Positionierung dem RN politisch am meisten nutzt.

Auch für den PS und die übrigen linken Kräfte wäre die Situation strategisch schwierig. Eine gemeinsame Unterstützung eines Misstrauensantrags könnte die Regierung zu Fall bringen, würde aber zugleich die Verantwortung für die daraus entstehende politische Instabilität erhöhen. Eine Enthaltung oder eine begrenzte Unterstützung der Regierung könnte dagegen einen Kompromiss ermöglichen, wäre jedoch mit dem Risiko verbunden, die eigene Positionierung im linken Lager zu schwächen. Die Reaktion der Opposition auf eine mögliche Anwendung des Artikels 49.3 wird daher ebenso entscheidend sein wie die vorherigen Verhandlungen über den Haushalt selbst.

Damit wird die Haushaltsdebatte zum wichtigen politischen Prüfstein der Rentrée. Ein Kompromiss könnte der Regierung vorübergehend Stabilität verschaffen, ein Scheitern dagegen eine neue Regierungskrise auslösen. Zugleich bietet der Haushalt den Parteien die Möglichkeit, ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Positionen mit Blick auf 2027 zu profilieren.

Kinderschutz wird zum politischen Konfliktfeld

Neben der Haushaltsdebatte dürften gesellschaftspolitische Konflikte und justizpolitische Fragen die politische Agenda der Rentrée prägen. Eine zentrale Rolle wird dabei die Debatte über den Schutz von Frauen und Kindern vor sexueller und sexistischer Gewalt spielen. Im Herbst 2026 soll so das Gesetz gegen sexuelle und sexistische Gewalt beraten werden. Der Gesetzentwurf verfolgt einen umfassenden Ansatz und verbindet Prävention, Opferschutz, bessere institutionelle Zusammenarbeit und eine effektivere strafrechtliche Verfolgung.

Politisch steht das Vorhaben auch unter dem Eindruck mehrerer Fälle, die in den vergangenen Monaten erhebliche Schwächen des französischen Kinderschutz- und Justizsystems sichtbar gemacht haben. Der Skandal um Gewalt und mutmaßliche sexuelle Übergriffe im außerschulischen Betreuungsbereich hat zunächst die Frage aufgeworfen, wie zuverlässig Personen kontrolliert werden, die regelmäßig mit Kindern arbeiten.

Die Affäre Lyhanna hat die Debatte anschließend um eine zweite Dimension erweitert. Der Fall der elfjährigen Lyhanna, die Anfang Juni 2026 tot aufgefunden wurde, löste insbesondere deshalb politische Empörung aus, weil gegen den späteren mutmaßlichen Täter bereits wegen sexueller Gewalt gegen Minderjährige ermittelt worden war. Die Affäre rückte damit die Frage in den Mittelpunkt, wie Polizei und Justiz mit entsprechenden Anzeigen umgehen, wie Informationen zwischen den zuständigen Stellen weitergegeben werden und warum bestehende Warnsignale nicht rechtzeitig zu einem wirksamen Schutz des Kindes geführt haben. Die Regierung hat daraufhin eine landesweite Überprüfung von Verfahren wegen sexueller Gewalt gegen Minderjährige angeordnet.

Die im Herbst anstehende Gesetzesdebatte greift diese unterschiedlichen Problemlagen auf. Im Kern geht es damit um zwei miteinander verbundene Fragen: Wie lässt sich verhindern, dass potenzielle Täter überhaupt Zugang zu Kindern erhalten, und wie kann der Staat schneller und konsequenter reagieren, wenn bereits Hinweise auf sexuelle Gewalt vorliegen? Neben einer besseren Kontrolle des Personals in Einrichtungen für Minderjährige stehen deshalb auch die Prävention, der Informationsaustausch zwischen Behörden, die Betreuung von Opfern sowie die Effektivität strafrechtlicher Verfahren im Mittelpunkt.

Politisch verlaufen die Konfliktlinien weniger beim grundsätzlichen Ziel eines besseren Kinderschutzes als bei der Frage nach den geeigneten Instrumenten. Regierung und moderate Kräfte dürften einen breiten Ansatz verfolgen, der Prävention, institutionelle Reformen und Strafverfolgung miteinander verbindet. Rechtsaußen dürfte dagegen stärker die Frage der staatlichen Kontrolle, der konsequenten Strafverfolgung und möglicher Verschärfungen des Strafrechts im Vordergrund stehen. Der RN kann damit an seine klassische sicherheitspolitische Positionierung anknüpfen und zugleich den Vorwurf eines unzureichend handlungsfähigen Staates formulieren. Die Linke dürfte demgegenüber stärker auf Prävention, Opferschutz und die strukturellen Defizite bei Justiz, Betreuung und öffentlichen Einrichtungen verweisen.

Die Debatte über den Kinderschutz wird damit zu einem weiteren politischen Konfliktfeld der Rentrée. Sie bietet den Parteien eine weitere Bühne, um ihre Vorstellungen von Sicherheit, staatlicher Verantwortung und gesellschaftlicher Ordnung zu profilieren.

Ein Parlament unter erheblichem Zeitdruck

Die Situation wird zusätzlich durch den ungewöhnlich kurzen parlamentarischen Zeitraum verschärft. Die ordentliche Sitzungsperiode beginnt am 1. Oktober 2026 und soll bereits am 28. Februar 2027 enden. Anschließend beginnt die heiße Phase des Präsidentschaftswahlkampfes.

Den Abgeordneten bleiben damit nur wenige Monate, um zentrale Gesetzesvorhaben zu beraten und zu verabschieden. Der Zeitdruck dürfte die ohnehin angespannte politische Atmosphäre weiter verschärfen.

Besonders wichtig werden dabei die sogenannten „niches parlementaires“. Diese Tage ermöglichen es Oppositions- und Minderheitsgruppen, eigene Gesetzesvorhaben auf die Tagesordnung der Nationalversammlung zu setzen. Durch die verkürzte Sitzungsperiode müssen diese parlamentarischen Nischen stärker konzentriert werden. Dadurch dürfte das Parlament nahezu wöchentlich zwischen Ausschussarbeit und Plenardebatten über politisch besonders profilierte Gesetzesvorhaben wechseln.

Der Effekt ist politisch bedeutsam: Die Nationalversammlung wird zunehmend zu einer zweiten Wahlkampfbühne. Die Parteien können ihre jeweiligen Nischen nutzen, um Themen zu setzen, mit denen sie sich gegenüber ihren Wählern profilieren. Besonders interessant wird die erste Nische des RN am 8. Oktober sein, bei der die Partei bewusst auf die Themen Sicherheit, Ausweisung bzw. Migration und Kaufkraft setzen wird.

Ein heißer Herbst als Test für Frankreichs politische Stabilität

Frankreich durchlebt eine ungewöhnlich verdichtete politische Rentrée: Der Präsidentschaftswahlkampf 2027 beginnt, während die Regierung auf eine fragile parlamentarische Mehrheit angewiesen ist, ein hochsensibler Haushalt bevorsteht und der Nationalversammlung nur ein stark verkürztes Zeitfenster für die Gesetzgebung bleibt. Gleichzeitig verschärfen Senatswahlen und gesellschaftspolitische Konflikte den Wettbewerb zwischen den Parteien.

Entscheidend wird deshalb zunächst nicht sein, wer 2027 vorne liegt, sondern ob die Regierung Lecornu den Herbst politisch übersteht. Der Haushalt ist dafür der entscheidende Test. Gelingt ein Kompromiss, kann Lecornu seine Regierung stabilisieren und zumindest vorübergehend Handlungsfähigkeit demonstrieren. Scheitern die Verhandlungen, droht mit dem Artikel 49.3 die nächste Eskalationsstufe – und mit einem anschließenden Misstrauensvotum die unmittelbare Gefahr einer Regierungskrise.

Der eigentliche „heiße Herbst“ beginnt somit nicht erst mit dem Wahlkampf. Er entscheidet darüber, unter welchen politischen Bedingungen Frankreich überhaupt in den Wahlkampf 2027 geht. Ein stabilisiertes Regierungslager könnte den Präsidentschaftswahlkampf aus einer Position der Handlungsfähigkeit führen. Eine erneute Regierungskrise hingegen würde den Wahlkampf vorzeitig zur Auseinandersetzung über das Scheitern des politischen Systems machen – und damit insbesondere dem RN in die Hände spielen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Anja Czymmeck
Leiterin Auslandsbüro Frankreich
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de

anja.czymmeck@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)